









Liebe Hamburger!



Eine Teuerungswelle rollt durch Deutschland. An der Tankstelle und beim Einkaufen reiben wir uns alle ungläubig die Augen: Das kann doch nicht wahr sein! Diese fatale Entwicklung trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft, aber auch den Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft. Vielen steht das Wasser bis zum Hals!

Sogenannte "Entlastungspakete" sind eher Symbolpolitik. Sie belasten vor allem die Steuerzahler. Besser wäre es gewesen, alle Bürger zu entlasten. Durch Steuersenkungen. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie muss ausgesetzt werden. Außerdem fordern wir, den Spritpreis nachhaltig zu senken, indem CO2-Abgabe und Energiesteuer (die frühere Mineralölsteuer) abgeschafft werden.

Die Regierung schaut zu, wie die Inflation die Leistungsträger unserer Gesellschaft ruiniert. Gleichzeitig tut sie so, als wäre alles nur eine Folge von höherer Gewalt. Dabei ist die Kostenexplosion weitgehend hausgemacht! Sie ist eine Folge der unsinnigen "Energiewende", die uns vom russischen Erdgas abhängig gemacht hat. Die Politik der letzten Jahre ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich normale Bürger immer weniger leisten können. Es wird höchste Zeit für eine Politik, die sich am Wohle des deutschen Volkes orientiert! In diesem Sinne –

Ihr Dr. Alexander Wolf, AfD-Fraktionsvizechef

Unser Wohlstand in Gefahr!



Deutschland befindet sich in der Dauerkrise. Eurokrise, Migrationskrise, Coronakrise, Energiekrise. Und jetzt trifft uns alle die Krise aller Krisen: Inflation. Wir sind mittendrin in der schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Millionen Existenzen stehen auf dem Spiel. Breiten Bevölkerungsteilen droht die Verarmung. Viele Mittelständler stehen vor der Insolvenz. Die Regierung ruiniert unser Land auf allen Ebenen. Und es scheint so, als hätten die Minister ihren Amtseid, ihre "Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden" vergessen.

Stattdessen erhält das Volk Ratschläge, wie man über den Winter kommt. "Kalt

duschen" und "mehr Waschlappen" lautet die Regierungsparole. Das Volk soll immer mehr Opferbereitschaft zeigen. Was für eine Bankrotterklärung für unsere Republik!

Die Energiekrise ist hausgemacht. Der überhastete Ausstieg aus Kohle und Kernkraft war falsch. Er kommt uns allen teuer zu stehen. Die Inflationskrise ist ebenfalls hausgemacht. Die maßlose Geldschöpfung und Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zur Finanzierung hochverschuldeter und aufgeblähter Staatshaushalte waren falsch – die Bürger zahlen jetzt den Preis.

Die Regierenden müssen jetzt handeln. Sie müssen endlich ihren Amtseid erfüllen. Ansonsten droht ein heißer Herbst!

CumEx: Ist das geheim? Oder muss ich das vergessen!?

Diese Frage hat sich der SPD-Bundeskanzler und ehemalige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz bestimmt vor Beginn des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses CumEx (PUA) gestellt. Bei Cum-Ex-Geschäften verschoben Finanzakteure Aktienpakete mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch rund um den Dividenden-Stichtag in einem vertrackten System und ließen sich dann Steuern erstatten, die nie gezahlt wurden.

Warum erließ der Hamburger Fiskus der Warburg-Bank eine Steuerschuld von 47 Millionen Euro, die mit CumEx-Aktiengeschäften ergaunert wurden? Gab es eine politische Einflussnahme? Das ist die Kernfrage – und die hat es in sich: Es geht hier um den Vorwurf der Korruption!

Merkwürdigerweise freute sich die SPD Hamburg über den Eingang von Spenden in Höhe von 45.500 Euro von der Warburg-Bank kurz nach Erlass der Rückzahlungsverpflichtung für die 47 Millionen Euro. Mehrere derjenigen, die diese Spenden im Landesvorstand der SPD verantwortlich annahmen, sind heute Mitglieder des PUA, einer ist sogar der

Vorsitzende – und diese sollen nun über die eigenen Verfehlungen richten. Die AfD stellte einen Befangenheitsantrag und forderte eine Reform des PUA-Gesetzes; beides wurde wie immer von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Nicht unerwähnt bleiben soll natürlich, dass sowohl die CDU als auch die FDP von der Warburg-Bank mit hohen fünfstelligen Summen bedacht wurden.

Der Bank-Eigner Olearius kontaktierte sicherheitshalber nicht nur Scholz und Tschentscher; er engagierte gleich mehrere SPD-Parteigrößen, so den langjährigen ehemaligen Innensenator und Zweiten Bürgermeister Alfons Pawelczyk sowie den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs

Kahrs galt in der SPD als "der Mann fürs Grobe", dem man also vieles zutraut. 1992 bewies eine telefonische Fangschaltung: eine damalige Juso-Widersacherin erhielt wochenlang anonyme Anrufe ("Ich krieg dich, du Schlampe!"). Zwei dieser Anrufe tätigte Kahrs.

Nun fand die Staatsanwaltschaft im Schließfach des einflussreichen Strip-

penziehers Kahrs mehr als 200.000 Furo

Die Umtriebe von Kahrs holen seine Parteigenossen Scholz und Tschentscher wieder ein. Welchen Umfang hatte die politische Einflussnahme?

Das nachzuweisen ist ein hartes Brot. Der PUA arbeitet seit mehr als zwei Jahren und jede Sitzung geht über viele Stunden. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen durfte die AfD nur einen Abgeordneten als ständigen Vertreter, den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf, entsenden. Als seine Stellvertreter sind der Fraktionschef Dirk Nockemann und der Parlamentarische Geschäftsführer Krzysztof Walczak dabei.

Walczak konfrontierte Scholz mit der Frage: "Herr Bundeskanzler Scholz, haben Sie jemals ein Geschenk von Warburg empfangen?". Teflon-Scholz konnte oder wollte sich auch hier nicht erinnern.

Dazu AfD-Fraktionsvize Dr. Alexander Wolf: "Wir werden weiter nachfassen und nachfragen. Die AfD bringt Licht in die dunklen Ecken, wo die SPD den "Tango korrupti' tanzt".



Bürger brauchen faire Löhne!



AfD-Anfrage zeigt: Zwei Linksextremisten im öffentlichen Dienst tätig

Eine Anfrage der AfD-Fraktion deckt auf, dass zwei Linksextremisten im öffentlichen Dienst in Hamburg tätig sind. Laut Senatsantwort sind zwei Verdachtsfälle bekannt, in einem Fall wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, aber dann eingestellt. Darüber hinaus seien Vorermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Der AfD-Fraktionschef und innenpolitischer Sprecher Dirk Nockemann fordert Konsequenzen: "Wer im öffentlichen Dienst arbeitet, muss sich zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten bekennen. Bei den zwei im öffentlichen Dienst tätigen Linksextremisten wird das kaum der Fall sein. Aber es wundert uns nicht, denn Rot-Grün ist auf dem linken Auge blind. Wir fordern den Senat dazu auf, endlich den Kampfauch gegen linke Extremisten aufzunehmen und konsequente Schritte einzuleiten. Staatsfeinde haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Wir sagen: Klare Kante und Augen auf bei jeglicher Form von Extremismus!"

Die Regierung führt Teile der Bevölkerung am Nasenring durch die Manege, wenn es um vermeintliche Wohltaten wie Lohnerhöhungen geht. Oftmals realisieren Arbeitnehmer, dass am Ende des Monats genauso wenig im Geldbeutel bleibt. Mehr Brutto bedeutet oft nicht mehr Netto.

Denn die von der Politik den Unternehmen "befohlene" Lohnerhöhung wird von eben jener nicht bezahlt, die Mehrkosten müssen – natürlich durch Preiserhöhungen – von den Betrieben wieder reingeholt werden (Lohn-Preis-Spirale). Wenn wir daraufhin im Herbst dann erstmalig seit über 70 Jahren eine zweistellige Inflationsrate sehen werden, wird man medial wohl abermals den Krieg in der Ukraine verantwortlich machen. Schon Bismarck soll bekanntlich gesagt haben: "Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd."

Was wäre die Alternative gewesen?
Man hätte eine Erhöhung des
Grundfreibetrags vornehmen
können! Also die Summe X, ab jener
die Bürger überhaupt erst anfangen
müssen, (Lohn-) Steuern abzuführen.
Wie wären es beispielsweise mit
einem Jahresbetrag von rund 18.500
Euro, wie es (umgerechnet) unser

polnischer Nachbar handhabt? Auch eine allgemeine Senkung der Lohnsteuersätze wäre denkbar. Klingen zehn Prozent "Flat-Tax" wie in Bulgarien – ein Steuersatz für alle – nicht schön? Problem: Sowohl die Erhöhung des Grundfreibetrags als auch die Senkung der Lohnsteuersätze würden ausschließlich die Bürger entlasten, der Staat hätte keinen Vorteil.

Durch die Anhebung des Mindestlohns allerdings, steigert die Regierung zugleich ihre Einnahmen aus den Lohnsteuersätzen. Wer mehr verdient, zahlt auch höhere Steuerbeträge – logisch! Das Institut für Wirtschaftsforschung geht diesbezüglich von 17 bis 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen aus.

Fazit: Der Staat steigert seine Steuereinnahmen, die Unternehmen haben höhere Kosten und müssen diese an die Kunden weitergeben, die Kunden wiederum sind verärgert und fordern die nächste Mindestlohnerhöhung. Ein ewig währender Kreislauf...

Für den sozialpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Marco Schulz ist wichtig: "Statt Regenbogenfahnen und Gendersprech brauchen die Bürger faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und eine Regierung, welche die Interessen der eigenen Bevölkerung an die erste Stelle setzt."

Dem grünen Inflationsmonster den Kampf ansagen

Für eine Chronik der letzten zwanzig Jahre der Bundesrepublik Deutschland müsste man definitiv das Statistische Bundesamt als Autor engagieren. Denn nirgendwo lässt sich die fehlgeschlagene rot-grün-gelbe Regierungspolitik besser ablesen als an den Tabellen, Zahlenreihen und Kurven der Mathematiker aus Wiesbaden. Allein die Zahlen zur Preisexplosion sprechen Bände: So kostete Butter im Juli 2022 fast das Anderthalbfache (47,9 Prozent) von dem, was man noch vor einem Jahr zahlen musste. Geflügelfleisch (32,3 Prozent) und teilentrahmte Milch (31,9 Prozent) waren um fast ein Drittel teurer. Alle Lebensmittel insgesamt kosteten im Durchschnitt 14,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die exorbitanten Preissteigerungen im Energiebereich beziffert das Bundesamt – noch! – mit 35,7 Prozent. Für den Winter wird man wahrscheinlich mit einem dreistelligen Preiswachstum rechnen dürfen.

Gleichzeitig halten die Löhne der Deutschen keineswegs Schritt mit der Inflation. Im zweiten Quartal 2022 errechnete Wiesbaden einen Rückgang der Reallöhne um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal. Bei einem für die untere Mittelschicht typischem monatlichen Bruttolohn von 3.000 Euro im Monat werden also über 130 Euro aus der monatlichen Haushaltskasse von der Inflation aufgefressen.

Doch warum ist dieses Inflationsmonster eigentlich so gefräßig? Wenn man der Regierung glaubt, dann ist dies vor allem auf Herrn Putin und seinen Krieg in der Ukraine zurückzuführen. Doch das ist die Unwahrheit. Es sind eine Reihe an Faktoren, die für dieses Monster Pate standen: Die unverantwortliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank mit Null- und Negativzinsen. Die vernunftbefreite Politik der Energiewende mit zeitgleichem Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft. Die kontrollierte Sprengung unserer Wirtschaft mit hysterischen Corona-Lockdowns und natürlich die damit einhergehenden milliardenschweren Hilfspakete. Und ja, ein Krieg in der Ukraine – aber nicht auch eine

Sanktionspolitik gegenüber Russland, die uns mehr schadet als den Russen? All diesen Fehlentscheidungen liegt dabei die gleiche Ursache zu Grunde: Eine völlig realitätsferne, grüne Ideologie nach dem Motto "Es kann nicht sein, was nicht sein darf": Kohle ist böse, Kernkraft ist böse, Nationalstaaten mit eigenen Währungen sind sowieso böse, und besonders böse sind Menschen, die keine Maske tragen oder, Gott bewahre, einen differenzierten Blick auf Russland haben. Gegen die Preisexplosion hat die AfD-Fraktion in den vergangenen Monaten Initiativen eingebracht. Ein Beispiel: Mit einer Bundesratsinitiative forderten wir vom Senat, dass er sich nach dem Vorbild Polens für die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel einsetzt. Das hätte vor allem Bürgern mit kleinem und mittlerem Einkommen geholfen und wurde sogar mal von der grünen Justizsenatorin unterstützt. Doch dieser Vorschlag wurde natürlich von den alten Fraktionen abgelehnt. Denn es darf ja nicht sein, dass die AfD einen guten Vorschlag macht: Schade für die Bürger!



Altfraktionen einigen sich auf Erhöhung der Grunddiät: Nur AfD dagegen

Auf Vorschlag der sechsköpfigen Diätenkommission, in der vier Ex-Abgeordnete sitzen, einigen sich die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linken auf die Erhöhung der Grunddiät um 550 Euro monatlich. Dadurch steigt die Diät der Bürgerschaftsabgeordneten von 3.531 auf 4.081 Euro brutto. Das sind 15 Prozent mehr.

Für den Fraktionschef Dirk Nockemann ist das ein Skandal: "Wir lehnen die deftige Diätenerhöhung ab. In Zeiten, wo Selbstständige, Unternehmer, Angestellte und Arbeiter um ihre Existenzen fürchten müssen, gönnen sich die Volksvertreter einen kräftigen Schluck aus der Pulle des Steuerzahlers. Das ist falsch und unanständig."

Inflation im Hamburger Autoverkehr



Autofahren muss teurer werden, so oder so ähnlich verkündeten es in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe vermeintlicher Verkehrs- und Umweltexperten von verschiedenen Universitäten, Instituten und natürlich aus Brüssel. Nur so, heißt es, ließe sich das klimaschädliche CO2 in ausreichendem Ausmaß reduzieren. Den politischen Widerhall dieser Verlautbarungen erleben wir seit einigen Jahren ebenfalls, und zwar in Form von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge, steigenden Parkgebühren, erhöhten Bußgeldern und natürlich bei der neu eingeführten CO2-Steuer.

Für einen Spiegel-Artikel von 2006 wurden die Leser aufgefordert, Vorschläge für eine unzumutbare und weltfremde Steuer zu machen. Am häufigsten nennen die Leser eine "Steuer auf Atemluft", schrieb der Spiegel weiter in dem damaligen Artikel. Das zynische Sprichwort von der Besteuerung der Atemluft ist jetzt also tatsächlich erschreckende Realität geworden. Dies muss man im Hinterkopf behalten. Wenn man sich die übrigen Entwicklungen, die zur Verteuerung im Verkehrswesen führen, genauer anschaut, dann fasst man sich an den Kopf. Wahnsinn ist offentsichtlich Grundvoraussetzung rot-grüner Steuerpolitik.

Ein Ausgangspunkt für diese Entwicklung waren die angesprochenen Fahrverbote, etwa in der Max-Brauer-Allee. Zur Erinnerung, diese Fahrverbote wurden im Zuge des medialen Aufschreis bezüglich des sogenannten "Dieselskandals" erlassen. Auf einmal fand sich eine Reihe von Politikern, die einer drohenden Vergiftung der Bürger durch Stickoxide und

Feinstaub mutig entgegentraten und schlussendlich die benannten Verbote erließen. Dass die Grenzwerte für diese Stoffe in Innenräumen um ein vielfaches höher liegen als auf der Straße, störte die Verantwortlichen seinerzeit genauso wenig wie die Tatsache, dass die Messwerte in Deutschland künstlich erhöht wurden, indem man die Teststationen möglichst nah am fließenden Verkehr aufbaute, wo sich ein normaler Mensch wohl kaum eine Picknickdecke ausbreitet oder einen Spaziergang macht, um frische Luft zu schnappen. Mit diesen Fahrverboten und der wachsenden Hysterie in Bezug auf unsere Atemluft eröffnete sich den Regierungen auf jeden Fall ein weites Feld. neue Steuern zu erfinden.

Ein messbarer Zusammenhang zwischen den proklamierten Zielen und den tatsächlichen Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen wird selbstredend nicht gefordert. Verringerungen der Messwerte in den Fahrverbotszonen wurden festgestellt, als aufgrund des Corona-Lockdowns der Verkehr in der ganzen Stadt reduziert war.

Solange die Steuermilliarden fließen, wird die Luft für panikschürende Steuertreiber wohl so schnell nicht dünner werden. Für den AfD-Verkehrspolitiker Dirk Nockemann ist der eingeschlagene Weg falsch: "Diesel-Fahrverbote sind kein geeignetes Mittel zur Reduktion der Stickoxidbelastung und sorgen durch Umleitungen und Umwege auch zu keiner verbesserten Luftqualität. Tausenden Dieselbesitzern wird das Leben unnötig erschwert und die Verbote verursachen nur zusätzliche finanzielle Belastungen."

Parken ist Luxus

Rot-grüne Politik hat eben nicht alle Verkehrsteilnehmer im Blick. Autofahrer sind in der Hansestadt unerwünscht, das merkt man an jeder Ecke.

Von der überteuerten Zapfsäule guält sich der geneigte Autofahrer zunächst durch einen Stau auf der Königstraße, auf der jeweils eine Fahrspur in jede Richtung zu einem Radfahrstreifen umgewidmet wurde, obwohl erstklassige Radwege auf dem Bürgersteig vorhanden sind. Im Anschluss bewundert man dann den Kahlschlag von Straßenbäumen für eine von Hamburgs Velorouten, wie beispielsweise in Jenfeld oder Stellingen. Genug Zeit, um die Baumstümpfe zu betrachten, hat man insbesondere an den umgebauten Bushaltestellen, an denen die Busse nun direkt auf der Fahrspur halten und somit den gesamten Verkehr aufhalten. Wenn man es dann doch schließlich bis nach Hause geschafft hat, ist mit etwas Glück dort gerade eine von Hamburgs Anwohnerparkzonen eingerichtet worden. Für eine mittlerweile dreistellige Jahresgebühr darf man dann sein Fahrzeug im öffentlichen Straßenraum abstellen. Etwas Glück gehört allerdings auch dazu, denn in einigen davon wurden mittlerweile mehr Parkausweise verkauft, als es überhaupt Parkplätze gibt. So geht rot-grüne Verkehrspolitik.

Für den verkehrspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Dirk Nockemann geht Rot-Grün in die falsche Richtung: "Selbstverständlich ist Fuß- und Radverkehr zu fördern, aber nur im Zusammenspiel aller Verkehrsteilnehmer – das bedeutet unter Berücksichtigung des von Rot-Grün so verhassten Autos. Es darf keinen Straßenkampf um das richtige Verkehrsmittel geben. Eine Verkehrspolitik für alle muss auch auf die Bedürfnisse aller eingehen! Rot-Grün sollte sich darum kümmern, Angebote für alle Verkehrsteilnehmer zu machen, anstatt unzählige Bäume und Parkplätze für die "Mobilitätswende" zu opfern. So bringen Tjarks und Tschentscher die Geschäftswelt in der Innenstadt unter die Räder – das Innenstadtsterben wird munter fortgesetzt."



Flatterige Windenergie: Mehr Windkraft verschärft Krise!

Past 30.000 Windkrafträder in Deutschland halten nicht das, was sie versprechen. Die sogenannten "Erneuerbaren", der künstlich herbeisubventionierte Zufallsstrom, stellt jeden Monat von neuem seine Unfähigkeit für eine stabile und zuverlässige Energieversorgung unter Beweis.

Ende 2021 waren in Deutschland 63.924 Megawatt an Windleistung installiert. Theoretisch hätten die Windkraftanlagen ungefähr 559,9 Terrawattstunden Strom erzeugen sollen, doch tatsächlich waren es wegen "normaler" Windverhältnisse nur 122, also nur 21,7 Prozent der theoretisch möglichen Strommenge.

So schön es auch sein mag, auf diese Weise Elektrizität zu erzeugen: Es bleibt ein Zufallsereignis. Beispiel: Am 17. August 2022 wurde Onshore gerade einmal eine Leistung von 0,728 Gigawatt erreicht. Bei großen Windstärken werden 44,11 Gigawatt erzeugt.

Die Differenz zwischen viel Wind und fast kein Wind muss nachts mit anderen Energieträgern aufgebracht werden. Und das sind – wegen Mangel an Speichern – Kraftwerke, betrieben mit konventionellen Energieträgern (Fossile oder Kernbrennstoffe). Anders ausgedrückt: Es müssen ständig 27 Steinkohlenkraftwerke der Größe Moorburgs zur Verfügung stehen, um bei abflauenden Winden die Stromversorgung in Deutschland sicherzustellen. Stromspeicher in ausreichender Größe stehen nur im Laborzustand zur Verfügung.

Und die Sonne? Über die Mittagszeit scheint sie kräftig, aber nachmittags fahren die Gaskraftwerke hoch und gleichen aus. Für die Stromerzeugung mit Photovoltaik gilt das gleiche wie für Windkraft.

Die Lösung: Noch mehr Windkrafträder? Weitere hoch subventionierte Windkraftanlagen verteuern den Strompreis. Ebenfalls hoch subventioniert sind Wärmepumpen, also Elektroheizungen, die ebenfalls ohne Strom nicht funktionieren. In Hamburg stehen 68 Windkrafträder in Bergedorf und Harburg. Das macht 0,213 Prozent der Landesfläche aus. In zehn Jahren hat sich das nach gegenwärtiger Gesetzeslage auf 0,5 Prozent zu verdoppeln. Bürgermeister Tschentscher (SPD) möchte die Anzahl bekanntermaßen auf 140 erhöhen. Alle Bezirke sollten teilhaben, Denkverbote gibt es nicht. Deshalb möge man sich

auch vorstellen, dass vier Windkrafträder auf die Außenalster passen.

Für eine typische Anlage mit 3,2 Megawatt Nennleistung und 130 Meter Nabenhöhe (der Michel ist 132 m hoch) werden 29 Tonnen nicht recyclebares Verbundmaterial für Rotorblätter, 12 Tonnen Kupfer, 1,3 Tonnen Aluminium, 73 Tonnen Gusseisen, 283 Tonnen Stahl und 1.750 Tonnen Beton für das Fundament (davon lassen sich 10 bis 15 Einfamilienhäuser bauen) - insgesamt 2.150 Tonnen verbaut. Aber der Ausbau der Windkrafträder stockt: Die Rohstoffe werden immer teurer, Montagekosten ebenfalls, es herrscht Fachkräfte- und Materialmangel, die Wartungs- und Entsorgungskosten steigen. Die Bürger wehren sich zurecht gegen die immer näher an ihre Wohnhäuser heranrückenden Windmühlen.

Dazu der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion Thomas Reich: "Überragend wichtig ist die Versorgungssicherheit. Mit Energie ist alles möglich, ohne sie herrscht Stillstand im Blackout. 30.000 Windräder und Millionen Solarpaneele haben uns keine Versorgungssicherheit beschert. Sie sind nicht kaltstartfähig! Der Versorgungssicherheit ist alles andere unterzuordnen."



Corona-Tote: Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf stellt Forschungen ein

Die systematische Evaluation und damit die Obduktion aller Sterbefälle mit Bezug auf eine SARS-CoV-2-Infektion in Hamburg durch das Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) wurde Ende 2020 planmäßig beendet. Das ist die Antwort des Senats auf eine AfD-Anfrage. Schon seit fast zwei Jahren werden also die Corona-Todesfälle vor allem in der jungen Altersgruppe nicht mehr untersucht und erforscht. Wird jetzt nur noch geraten?

Seit dem 25. Mai 2022 hat sich die Ständige Impfkommission (STIKO) eine generelle Impfempfehlung für fünfbis elfjährige Kinder mit dem Impfstoff Comirnaty ausgesprochen. Dass die Corona-Impfstoffe nicht vor Ansteckung und Übertragung des Virus schützen, also keinen vollständigen Fremdschutz bieten, ist inzwischen Allgemeinwissen. Selbst der Bundesgesundheitsminister Lauterbach (SPD) hat sich trotz vierfacher Impfung und pausenlosem Tragen der FFP2-Maske mit Corona infiziert. Nach offizieller Lesart schützt die Imp-

fung jedoch vor schweren Verläufen und dem Tod durch COVID-19. Bei Kindern und Jugendlichen stellt sich die Frage nach dem Nutzen wegen einer geringeren Betroffenheit. Seit Beginn der Pandemie bis Anfang Januar 2021 registrierte das Robert Koch-Institut (RKI) insgesamt 14 Todesfälle in diesen Altersgruppen. In seinem Wochenbericht vom 19. August 2021 berichtete das RKI von inzwischen 23 verstorbenen Kindern und Jugendlichen, neun mehr als zu Jahresbeginn. Es gibt also deutlich mehr junge Corona-Tote seit Impfbeginn.

Einen noch drastischeren Anstieg der Corona-Todesfälle bei Minderjährigen ist für dieses Jahr zu verzeichnen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes meldete das RKI mit Stand 3. August 2022 bereits 96 Todesfälle bei unter 20-Jährigen. Das sind 58 Verstorbene mehr als Ende Dezember

Darüber hinaus meldete die Krankenkasse BKK-ProVita, dass in den ersten sieben Monaten des Jahres 2021 insgesamt 216.695 BKK-Versicherte wegen Nebenwirkungen durch Impfstoffe behandelt worden seien. Auch die Techniker Krankenkasse (TK) meldete im Jahr 2021 einen sprunghaften Anstieg auf 437.593 gemeldete Fälle. Allein die von der TK veröffentlichten Zahlen sind fast doppelt so hoch wie alle vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) erfassten zusammen. Für den AfD-Gesundheitspolitiker Thomas Reich ist klar: "Es darf keine Impfpflicht durch die Hintertür geben! Der Gesundheitsminister Lauterbach muss zurücktreten. Der Nutzen der Impfung bleibt unklar. Deshalb ist auch ein lebenslanges Impf-Abo abzulehnen!" Die Impfstoffe haben nach wie vor lediglich eine Notzulassung. Es sind unzählige Gesundheitsschäden zu verzeichnen und belegt.

"Das ist ein Skandal", sagt Thomas Reich, "die Forschungen müssen weitergehen. Die impfgeschädigten Bürger brauchen Hilfe. Wir brauchen zwingend eine Aufklärungskampagne über Impfschäden.

AfD-Anfrage zeigt: Über 8 Millionen Euro Bußgelder wegen Corona-Verstößen

Eine Anfrage der AfD-Fraktion über Verstöße gegen die Corona-Verordnung zeigt, dass bis April 2022 über 47.000 Bußgeldbescheide verhängt wurden. Daraus ergeben sich für die Stadt Hamburg Gesamteinnahmen in Höhe von über acht Millionen Euro – pro Bußgeld wurden durchschnittlich 170 Euro gezahlt.

Der AfD-Gesundheitspolitiker Thomas Reich kritisiert: "Die rot-grüne Coronapolitik lässt die Kassen klingeln – und der Bürger wird geschröpft wie eine Melkkuh. Unsere Anfrage verdeutlicht den Corona-Maßnahmen-Irrsinn sehr deutlich. Sie waren größtenteils unverhältnismäßig, grundgesetzwidrig, freiheitsberaubend und unsinnig."



25.000 Euro für eine Reise zum "Komposthaufen" nach Tansania!

ie Antwort auf eine kleine Anfrage De Antwork dan o...o ...

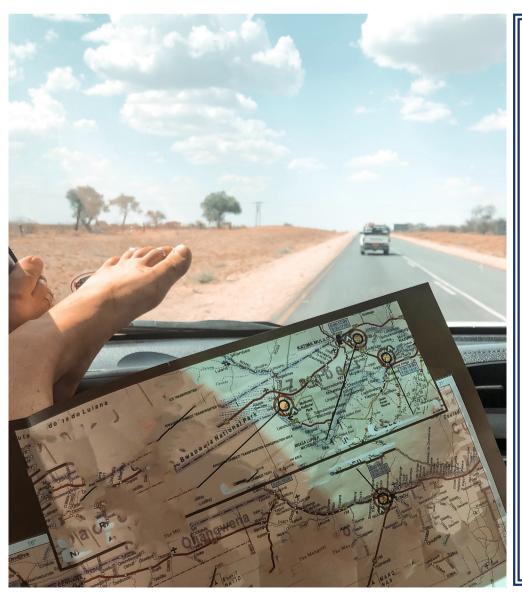
des stellvertretenden Fraktionschefs Dr. Alexander Wolf brachte es ans Tageslicht: Der rot-grüne Senat gönnte sich eine fünftägige Reise mit einer Delegation von zehn Personen nach Daressalam (Tansania) für 25.000 Euro. Im Rahmen der Städtepartnerschaft schritt man zur Besichtigung und Einweihung eines "Komposthaufens", an dem über sieben Jahre lang gebaut wurde. Mitarbeiter des Denkmalschutzamtes, eine Gesundheitsamtsleiterin und diverse Mitarbeiter aus der Straßensozialarbeit der Bezirke wohnten dem Ereignis in Afrika auf Kosten des Hamburger Steuerzahlers bei.

Der rot-grüne Senat reist gerne. Sehr gerne auch mit dem Flugzeug und möglichst in die Ferne – im Falle von Daressalam buchte man sogar fünf Mal die Business Class. Selbstverständlich ebenfalls komplett finanziert vom Hamburger Steuerzahler.

In den vergangenen sieben Jahren fanden jährlich durchschnittlich fünf Reisen in Hamburgs Partnerstädte statt. Sogar während der Coronazeit 2020 bis heute – trotz Lockdown, Ausgangssperre, Quarantäne – waren für den hohen Senat fünf Besuche in den Partnerstädten möglich. Seit Jahresbeginn unternahmen Hamburger Senatoren bereits 20 Dienstreisen mit dem Flugzeug, wie eine weitere An-

frage ergab. Im von Corona-Einschränkungen geprägten Jahr 2021 waren es insgesamt zehn Flugreisen. Hauptreisender ist dabei SPD-Innensenator Andy Grote. Der Vielflieger, der sich inzwischen mehrere Spitznamen "verdient" hat ("Party-Grote", der "Pimmel"), unternahm in beiden Jahren insgesamt zehn dienstliche Flugreisen, wovon sechs Flüge ein innerdeutsches Ziel hatten.

Finanzsenator Dressel (SPD) unterstrich kürzlich die Bedeutung des aufgelegten Energieeinsparplans mit folgenden Worten: "Alle Behörden, alle Beschäftigten sollen und werden ihren Beitrag leisten". So die Theorie – die Praxis des Senats sieht anders aus!



AfD-Anfrage zeigt: Senat überweist Kommunisten 5.000 Euro

Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage bringt ans Licht, dass eine Veranstaltung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Hamburg" (VVN-BdA) am 8. Mai 2022 anlässlich der Kapitulation der deutschen Wehrmacht mit 5.000 Euro gefördert wurde. Das Steuergeld sei für anfallende Ausgaben wie zum Beispiel Bühne, Leinwand und Mobiliar ausgegeben worden. Die Entscheidung zur Förderung wurde von der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration getroffen.

Die VVN-BdA wird von Verfassungsschutzbehörden seit Jahren als linksextremistische Organisation bezeichnet, die der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahesteht. Die DKP stehe "im unauflösbarem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der parlamentarischen Demokratie", so der Hamburger Verfassungsschutzbericht 2020.

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist das ein Skandal: "Der rot-grüne Senat fördert mit dem Steuergeld der Bürger eine linksextremistische Veranstaltung. Wir fordern den Senat auf: Kein Steuergeld für Kommunisten!"

Bismarck: Der Sozialismus wird uns noch viel Mühe machen



Der weise Architekt der deutschen Einheit sollte Recht behalten. Der heute grün angestrichene Sozialismus feiert überall fröhlich Urständ und verschlingt Unsummen von Steuergeldern. Jetzt geht es dem Reichskanzler mit dem großen Bismarck-Denkmal im Alten Elbpark selbst an den Kragen.

Das mit einer Höhe von 34 Metern größte Denkmal Hamburgs wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Das markante Wahrzeichen Hamburgs bot den Besuchern und Touristen ein trauriges Bild: Das Fundament bröckelte, rostige Stahlträger, von Graffiti beschmiert und von Müll umringt. Der Bund stellte 7,7 Millionen Euro für die Sanierung zur Verfügung. Die gute Nachricht: Manchmal bleibt es auch günstiger, denn bis Ende Juni 2022 wurden davon 5,64 Millionen Euro abgerufen. Die Bauarbeiten sind Ende des Jahres abgeschlossen.

Die schlechte Nachricht: Der rot-grüne Senat will die Geschichte umschreiben. Wegen der komplexen Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung des Kolonialismus, der sozialen Gerechtigkeit und der Diskriminierung will der rot-grüne Senat zusammen mit den scheinbar allgegenwärtigen und viel zitierten "Akteuren der Zivilgesellschaft" die Sache für den Bürger einordnen, neu

"kontextualisieren" – ein anderes Wort für "Umerziehung".

In Zeiten einer extremen Energiekrise, galoppierender Inflation und immens steigender Lebenshaltungskosten setzt der rot-grüne Senat Prioritäten und lässt sich dieses betreute Denken etwas kosten. Die vorangegangenen digitalen "Workshops" der von Rot-Grün gepamperten "Zivilgesellschaft" schlugen schon mit weit über 10.000 Euro zu Buche

Nun steht ein Ideenwettbewerb an, der den Steuerzahler zunächst 137.000 Euro kosten soll. Bis Anfang November 2022 können nun alle Künstler und die, die sich dafür halten, ihre Vorschläge einreichen. Die Preisgelder betragen bis zu 15.000 Euro. Dabei gab es bereits erste Projekte vorab. Der rot-grüne Senat ließ für 55.000 Euro im Rahmen eines Kampnagel-Kunstprojekts gegen Bismarck tanzen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Der "Dekontextualisierungsprozess" für die "notwendige Weiterentwicklung der Erinnerungskultur" ist dem Senat insgesamt sage und schreibe eine Million Euro wert.

Der AfD-Fraktionsvizechef und kulturpolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf kritisiert das linke Umerziehungsprogramm. Er kommentiert den linken Kulturkampf gegen Deutschland kurz und knapp: "Lasst endlich unseren Bismarck in Ruhe!"

Die sozialistischen Moralrichter unserer Zeit möchten immer mehr Namen von Persönlichkeiten aus der deutschen Geschichte aus dem Stadtbild, von Plätzen und Gebäuden und aus der Erinnerung verschwinden lassen. Die Namen sind für den linken Zeitgeist – richtiger: den linken Ungeist – nicht mehr "tragbar", weil sie angeblich Diktatur, Rassismus oder Unrecht symbolisieren.

Die Arbeit des rot-grünen Senats mit der "Fachstrategie zum Umgang mit kolonialen Straßennamen" treibt auch weitere Blüten. 130 Hamburger Straßen sind in der Prüfung zur Umbenennung oder zumindest "Kontextualisierung". Das mit den Straßenumbenennungen betraute Staatsarchiv macht selbst vor dem "Heidi-Kabel-Platz" wegen einer behaupteten "NS-Belastung" nicht Halt. Die beliebte Volksschauspielerin war Mitglied der Reichstheaterkammer und habe sich später nicht hinreichend davon distanziert.

Als einzige Fraktion fordert die AfD eine differenzierte Sicht auf die deutsche Kolonialgeschichte – ohne Schuldkult und ohne Steuergeldverschwendung im Millionenbereich.

Wohnungsnot? Selbstgemacht: Warum Rot-Grün verantwortlich ist!

märchenstunde mit Frau Geywitz. Sie kennen Klara Geywitz nicht? Geywitz (SPD) ist Bauministerin in Berlin im Kabinett Scholz. Das ist der vergessliche Herr, der zusammen mit Frau Geywitz letztes Jahr 400.000 neue Wohnungen bundesweit pro Jahr versprochen hat. Der rot-grüne Senat in Hamburg versprach: 10.000 Wohnungen jährlich für Hamburg, davon 3.000 Sozialwohnungen. Das klappt genauso wenig und war von Anfang an ein Märchen.

Und das liegt nicht an Rußland und dem Ukraine-Krieg. Aber von Anfang an: Will man bezahlbaren Wohnraum oder "auf Teufel komm raus" der Klimareligion huldigen und dafür Inflation und enorme Kostensteigerung in Kauf nehmen? Beides zugleich geht nicht!

Denn die Plicht, immer mehr und aufwendiger zu dämmen – auch in Altbauten –, Solardächer zu verbauen, bald Dachgärten verpflichtend anzulegen, kostet viel Geld. Und mit jeder dieser Maßnahmen wird das Bauen teurer, wird jeder Quadratmeter neuen Wohnraums teurer – ganz abgesehen von dem riesigen Aufwand, der nötig wird, um ein Haus zu unterhalten.

Hier setzt eine grüne Klientel, die selbst nur selten im sozialen Wohnungsbau lebt, sondern in "den besseren Vierteln", ihre Interessen, ihre Klimareligion brutal durch auf Kosten der sozial Schwächeren, die sich das weder leisten können noch wollen.

Die explodierenden Energiepreise, die voll auf das Wohnen durchschlagen (Heiz- und Betriebskosten) sind ebenfalls zum großen Teil hausgemacht. Weil Schwarz-Rot-Grün übereilt aus der Kernkraft und aus der Kohle aussteigen wollte, haben sie uns vom russischen Erdgas abhängig gemacht wie nie zuvor – die Zeche zahlen jetzt die Bürger. Das alles auf Putin zu schieben, wie das die allermeisten Politiker der Altparteien tun, ist verlogen. Ehrlichkeit sieht anders aus.

Dazu kommt ein anderes, gern verschwiegenes Thema: Die Wohnungsnot wird vor allem durch die ungebremste Einwanderung samt Familiennachzug verstärkt. Ein Großteil der neugebauten Sozialwohnungen geht an Migranten – die bevorzugt werden gegenüber den "schon länger hier Lebenden".

Die linke Aussage "Wir haben Platz" in einem dichtbesiedelten Stadtstaat ist absurd – das Gegenteil ist der Fall. Wer das dennoch behauptet, ist ein "Wohnungsnot-Ursachenleugner" – der löst nicht das Problem, sondern ist Teil des Problems. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher und Fraktionsvizechef der AfD-Fraktion Dr. Alexander Wolf: "Die Bauvorschriften müssen entschlackt werden, damit Bauen günstiger wird. Wir brauchen ein Hamburger Wohngeld. Außerdem benötigen wir einen gesunden Energiemix, der stabile und preisgünstige Energie liefert - mit Kohle und mit Kernkraft. Statt Klimahysterie brauchen wir einen Ausstieg aus der sogenannten Energiewende."

Wohnungsbau statt Bauwagenplätze

Rot-Grün verfolgt das Ziel einer wachsenden Stadt. Die anhaltende Migrationskrise verschärft die bestehende Wohnungsnot in Hamburgs engen Stadtgrenzen zunehmend. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, gleichzeitig leistet Hamburg sich mindestens sieben Bauwagenplätze. Das sind Plätze, auf denen das Abstellen von Bauwagen zum billigen Wohnen geduldet wird. Sechs Plätze befinden sich auf städtischem Grund, allerdings bezahlen lediglich zwei davon Pachtzinsen. Für den Platz am Heckenrosenweg beträgt die Miete 5.212 und für den Platz in der Stübeheide 4.400 Euro pro Jahr.

Die AfD beantragte, dass die Duldung für die bestehenden "Bauwagenplätze" zugunsten des Wohnungsbaus aufgehoben wird und dort – sofern möglich – zeitnah Wohnraum entstehen soll.

Für den Fraktionsvizechef und stadtentwicklungspolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf ein Unding: "Händeringend werden in ganz Hamburg Flächen gesucht, auf denen Wohnungen entstehen können. Die Plätze auf öffentlichem Grund blockieren den Wohnungsbau und verhindern damit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum."

Der Antrag wurde abgelehnt.



Energiewende ist wie Sozialismus: Beides funktioniert nicht!

Die rot-grüne Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene kann man wie folgt zusammenfassen: Gestern standen wir vor dem Abgrund, aber heute sind wir einen großen Schritt weiter!

Unter Missachtung der Maskenpflicht im Flugzeug begaben sich SPD-Bundeskanzler Scholz und der grüne Wirtschaftsminister Habeck nach Kanada, um ein mehr oder minder sinnloses Wasserstoffabkommen zu unterzeichnen und um Flüssigerdgas zu betteln. Dabei hat Kanada weder Pipelines im Osten an der Atlantikküste noch LNG-Terminals. Der Bau soll 15 bis 20 Jahre dauern. Auch in Kanada gibt es aus guten Gründen viele Fracking-Gegner.

In Deutschland steigen die Gas- und andere Energiepreise unaufhörlich weiter. Es gibt viele Ursachen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist nur einer davon.

Der Gasmangel bedroht alle Branchen unserer Wirtschaft. Akut ist hier beispielsweise die Glasmanufaktur Brandenburg – einziger europäischer Hersteller von Glasscheiben für Solarpaneele – zu nennen. Es ist der letzte verbliebene Solarglasproduzent in Europa. Wenn hier die Schmelzwanne aufgrund der Unterbre-

Hamburgs Hauptbahnhof trauriger Spitzenreiter bei Gewaltdelikten

Eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess zur Kriminalitätslage in Bahnhöfen und Zügen zeigt, dass es im 2. Halbjahr 2021 in Hamburg die meisten Gewaltdelikte gab (254). Dahinter folgen die Bahnhöfe von Frankfurt am Main (207) und Berlin (161). Anfragen zur Kriminalität in Bahnhöfen liegen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei.

Für den AfD-Fraktionschef und innenpolitischen Sprecher Dirk Nockemann sind die Zahlen erschreckend und alarmierend zugleich: "Der rot-grüne Senat muss bei der Kriminalitätsbekämpfung am Hauptbahnhof zusammen mit den Bundesbehörden jetzt in die Offensive gehen. Wir fordern eine konsequente Nulltoleranzpolitik." chung der Gaszufuhr heruntergefahren wird, dann dauert es 18 Monate, bis das Unternehmen wieder produzieren kann. Dabei hat Rot-Grün doch jedem Bürger eine Solaranlage auf dem Dach verordnet!

Eine mittelgroße Papierfabrik verbraucht täglich so viel Erdgas wie eine vierköpfige Familie in 90 Jahren. In Deutschland gibt es ungefähr 200 davon. Die Papiererzeugung hat in Deutschland einen Anteil von 9 Prozent am Primärenergiebedarf! Mit der Gasumlage von 2,4 Cent ab 1. Oktober "retten" wir Gasversorger wie Uniper. Uniper gehört dem finnischen Konzern Fortum. In dessen Aufsichtsrat sitzt der ehemalige Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der Vorgänger von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Die Ampel-Bundesregierung importiert stillschweigend (und zwangsläufig) Strom aus Kohle und Kernkraft – verteufelt sie aber im eigenen Land. Neulich hatte der brandenburgische grüne Fraktionschef des Brandenburger Landtags die verrückte Idee, Braunkohlekraftwerke mit Stein-

kohle zu betreiben. Das ist ungefähr so clever, wie Dieselvorräte anzulegen, wenn ein Benziner in der Garage steht.

Übrigens: Je nach ihrer Größe ist das Getriebe eines jeden Windkraftrades mit rund 200 bis 700 Liter Öl gefüllt, das wie bei einem Auto regelmäßig gewechselt werden muss.

Zur dringend notwendigen Digitalisierung: 16 Milliarden Kilowattstunden haben deutsche Rechenzentren im Jahr 2020 verbraucht. Das ist deutlich mehr als der Stromverbrauch der Stadt Berlin im gleichen Jahr.

In Frankreich gibt es 56 Kernkraftwerke. Präsident Macron hat kürzlich den Neubau von 14 weiteren Kernkraftwerken angekündigt.

"Schluss mit der verrückten Energiepolitik in Deutschland! Wir fordern die Änderung des Atomgesetzes und die praktische Absicherung des Betriebs der Anlagen über den 31. Dezember 2022 hinaus", so der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion Thomas Reich, denn "der Preis dafür wird jetzt hier und heute von den Bürgern bezahlt".



Gebärende Männer und zeugende Frauen?



Die Ampelkoalition will das Transsexuellen-Gesetz (TSG) abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Demnach soll "ein Verfahren beim Standesamt, die Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand grundsätzlich per Selbstauskunft möglich machen". Dieses neue Gesetz könnte zehntausenden Jugendliche die körperliche und seelische Unversehrtheit kosten, sowie Schutzräume von Frauen gefährden.

Dies soll schon ab dem Alter von vierzehn Jahren möglich sein. Zudem sollen "ein erweitertes und sanktionsbewehrtes Offenbarungsverbot und eine Stärkung der Aufklärungs- und Beratungsangebote gelten, wobei die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen" vollständig von der Krankenkasse übernommen werden müssen.

Kern des Gesetzes ist also die Möglichkeit, das Geschlecht mit einer einfachen Erklärung auf dem Standesamt zu ändern. Die zwei Gutachten, die bis dato dafür erforderlich sind, sollen in Zukunft entfallen. Sie seien "vollkommen über-

flüssig", erklärte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) bei der Vorstellung.

Frauenrechte, die vor noch nicht allzu langer Zeit erkämpft wurden, werden mit diesem Gesetz ad absurdum geführt. Denn wenn jeder eine Frau ist, ist niemand eine Frau. Zudem nutzen Frauen geschlechtergetrennte Räumlichkeiten wie Umkleidekabinen, Toiletten, Frauengefängnisse oder Frauenhäuser, um sich vor männlichen Blicken oder männlicher Gewalt schützen zu können. Wozu das führen kann? In einem Frauengefängnis im US-Bundesstaat New Jersey wurden zwei weibliche Häftlinge von einer "Transfrau" geschwängert. In diesem Bundesstaat entscheidet nicht das biologische Geschlecht, sondern das selbst gegebene Geschlecht.

Das neue Verfahren bedeutet, das Minderjährige mit einer Geschlechtsidentitätsstörung sich einer gegengeschlechtlichen Hormonbehandlung unterziehen können. Studien zeigen, dass die überwältigende Mehrheit von Minderjährigen, die in Ruhe gelassen

werden, von selbst wieder aus der vermeintlichen Geschlechtsidentitätsstörung herauswachsen.

Wie will man dem Bürger eigentlich erklären, dass vierzehnjährige Jugendliche alt genug sein sollen, einen massiven irreversiblen operativen Eingriff zu genehmigen, die gleiche Person aber nicht reif genug sein soll, ein Auto selbst zu fahren, Alkohol zu trinken, Sex gegen Geld zu haben, den Bundestag zu wählen oder ein Auto zu kaufen. Mit dem neuen Gesetz werden auch die Grenzen für Volljährigkeit, Strafmündigkeit, Sexualmündigkeit und andere damit zusammenhängende Fragen völlig über den Haufen geworfen.

Für die familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion Olga Petersen ist klar: "Das neue Gesetz hat nichts mit Freiheit zu tun, sondern ist Ausdruck einer eklatanten Realitätsverweigerung! Biologie lässt sich nicht von Gesetzen einfach ausblenden. Die psychischen, physischen und sozialen Folgen geschlechtsangleichender operativer Behandlungen junger Menschen sind gar nicht absehbar."



Dirk Nockemann

Dr. Alexander Wolf

Fraktionsvorsitzender und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

(m) afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss, Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation, Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

mttps://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/

1 https://www.facebook.com/walczak.afd

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss, Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte, Datenschutz

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de

Stelly. Fraktionsvorsitzender und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss, Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange, Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder- und Jugendausschuss, Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung, Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Familie, Kinder, Jugend, Eingaben, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Medien

math https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/

f https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD

olga.petersen@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen, Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de

Zahlen statt Worte



Mehr als **77.000**

Menschen beschäftigt die Hamburger Verwaltung. Knapp 1.700 mehr als noch im Jahr davor. Dafür sind im Jahr 2023 6,7 Milliarden Euro vorgesehen.

Quelle: Personalbericht 2021



Ehrenbürger hat Hamburg. Darunter befinden sich Reichskanzler Otto von Bismarck, Komponist Johannes Brahms, Fußballer Uwe Seeler und jetzt auch Rockmusiker Udo Lindenberg.

Quelle: www.hamburg.de



Euro Jahresgehalt bekommt der NDR-Intendant Joachim Knuth. Zusätzlich fließen pro Jahr weitere 23.400 Euro an Nebeneinkünften auf sein Konto. Ein Redakteur kann bis zu 11.122 Euro im Monat verdienen.

Quelle: bild.de



150.000

Euro gibt die Kulturbehörde einmalig aus, um die "Aufarbeitung des Kolonialen Erbes der Stadt zu unterstützen".

Quelle: Kulturbehörde Hamburg



Mindestens 120.000

Euro zahlt Hamburg für die Unterbringung von Haustieren ukrainischer Migranten.

Quelle: AfD-Anfrage (Drucksache 22/9036)



Fast

Millionen Euro kosten inhaftierte Ausländer pro Jahr in Hamburg. Insgesamt sitzen 1.024 Ausländer ein. Der Tageshaftkostensatz beträgt 221,91 Euro.

Quelle. AfD-Anfrage (Drucksache 22/8905)



Euro wurde das "Jung-Lesben-Zentrum" 2021 gefördert.

Quelle: AfD-Anfrage (Drucksache 22/8570)



volle Tage stand jeder einzelne Autofahrer in Hamburg pro Jahr durchschnittlich im Stau.

Quelle: https://de.statista.com

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

Abendblatt (08.09.2022): Lindenbera:

Die ansonsten gelöste Stimmung in der Bürgerschaft kippte, als AfD-Vizefraktionschef Alexander Wolf ans Rednerpult trat. Udo Lindenberg sei "zweifellos ein Künstler mit außergewöhnlichem musikalischem Talent", aber "ein Ehrenbürger sollte sich um Hamburg in besonderem Maße verdient gemacht haben. Das gilt sicher für das Hotel Atlantic, nicht aber für Hamburg", so Wolf. "Verglichen mit Uns Uwe wird Udo Lindenberg nicht Uns Udo werden", sagte er in Bezug auf den kürzlich verstorbenen Ehrenbürger Uwe Seeler.

Abendblatt (06.09.2022): Senat und Jüdische Gemeinde einig: Bornplatzsynagoge kommt

Alexander Wolf, AfD-Vizefraktionschef: "Mit den Ergebnissen leistet die Studie einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau. Der rot-grüne Senat nannte heute leider nur wenige Details."

dpa.de (05.09.2022): Rechnungshof beurteilt Finanzlage gut - die Arbeit des Senats weniger

Die AfD-Fraktion kritisierte vor allem den Umgang mit Corona-Notfallkrediten. «Zu viele Millionen Euro Hilfsgelder gingen in die Kulturbranche, dafür wurde die kritische Infrastruktur vernachlässigt - das kann nicht sein», sagte deren Haushaltsexperte Thomas Reich.

Junge Freiheit (30.08.2022): Anzahl der Kleinen Waffenscheine in Hamburg durchbricht die 9.000er-Marke

Die Zahl der Kleinen Waffenscheine in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Zum 31. Dezember 2021 gab es in Hamburg 9.157 Kleine Waffenscheine, im Jahr 2015 hatten ihn lediglich 4.606 Personen. Der Schein erlaubt das Führen einer Schreckschuß-, Reizstoff- oder Signalwaffe. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der Hamburger AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft hervor. Der Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecher der Partei, Dirk Nockemann, sagte dazu: "In wenigen Jahren hat sich die Zahl der Kleinen Waffenscheine verdoppelt – diese Entwicklung ist beunruhigend, doch sie ist nachvollziehbar. Unter Rot-Grün wird die innere Sicherheit zur Nebensache." Der Bürger werde "sich selbst überlassen".

Udo t-online.de (20.08.2022): Hotelzimmer ndr.de (01.06.2022) Bürgerschaft defür Geflüchtete: AfD wittert Steuerverschwendung

In einer Pressemitteilung kritisiert die AfD eine vermeintliche "Luxusunterbringung" Geflüchteter in Hamburg. Mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage in der Bürgerschaft will die AfD-Fraktion "Asylkosten" aufgedeckt haben – insgesamt geht es um knapp 20.000 Euro. Fraktionschef und Ex-Innensenator Dirk Nockemann will darin "aberwitzige Anreize für noch mehr Migration" erkennen.

ndr.de (04.07.2022): Grote sieht "Zeitenwende" auch beim Hamburger Verfassungsschutz

Die AfD beklagt, dass der Verfassungsschutz den Rechtextremismus weiterhin als größte Gefahr bezeichnet - das sei eine einseitige Verengung, heißt es. Fraktionschef Dirk Nockemann freut sich aber darüber, dass der Hamburger AfD im Verfassungsschutzbericht diesmal kein eigenes Kapitel gewidmet ist.

ndr.de (29.06.2022) Hamburgische Bürgerschaft streitet über Entlastungen für Bürger

AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann warf der Politik vor, die kritische Lage selbst herbeigeführt zu haben. Die Gaspreise seien auch deshalb so hoch, weil keine Alternativen vorgehalten worden seien. Putins Angriffskrieg habe die Fehler der Energiewende "erbarmungslos" und schonungslos offengelegt", sagte Nockemann. Alle anderen Fraktionen seien auch deshalb mitverantwortlich, weil sie Sanktionen mittrügen, "die dem deutschen Volk mehr schaden als dem russischen Aggressor".

welt.de (15.06.2022) Abschiebedebatte in Hamburg

In der Hamburgischen Bürgerschaft stellt AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann die britischen Pläne, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben, als beispielhaft dar. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann hatte die Pläne der britischen Regierung, Asylsuchende zwangsweise ins afrikanische Ruanda auszufliegen, um vor einer Einreise ins Vereinigte Königreich abzuschrecken, als beispielhaft dargestellt. Das Vorgehen zeige: "Wo ein Wille ist, auch ein Weg." Mit Blick auf die deutsche Praxis sprach er hingegen von einem "Totalversagen von Bund und Ländern".

battiert über 100-Milliarden-Paket für Bundeswehr

Die AfD meinte, die Bundeswehr gut auszustatten sei eine Pflicht. Alles Geld der Welt werde jedoch nichts nutzen, "wenn es durch aufgeblähte und uneffektive Strukturen verpulvert wird", sagte der AfD-Abgeordnete Marco Schulz.

bild.de (20.01.2022) Sitzungs-Eklat in der Bürgerschaft: AfD auf Empore ver-

Weil die Corona-Regeln im Parlament verschärft wurden (u.a. FFP2-Masken auch am Platz, 3G), zogen Fraktionschef Dirk Nockemann und fast alle anderen AfD-Politiker auf die für Ausnahmefälle vorbereitete Empore im Saal. Wohl gemerkt: freiwillig. Lediglich einen negativen Test hätten ungeimpfte Abgeordneten vorweisen, sich dann an die oben genannten Regeln halten müssen. Dann wäre eine normale Teilnahme gestattet gewesen. Dazu war die AfD nicht bereit. Die Abgeordnete Olga Petersen wollte ihrem Mandat ohne Maske nachkommen. Bisher war ihr das erlaubt worden, weil sie ein Attest hat. Doch nach den neuen Bestimmungen ist dieses zu unspezifisch. Folge: Petersen musste ganz draußen bleiben. "Heute wurde für mich die Demokratie in der Hamburgischen Bürgerschaft zu Grabe getragen", sagte

katholisch.de (04.01.2022): AfD für Wiederaufbau von Hamburger Nikolaikirche - Scharfe Kritik

Die AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft hat sich für einen Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten ehemaligen Hauptkirche St. Nikolai im Zentrum der Hansestadt ausgesprochen. "Die Nikolaikirche teilt das historische Schicksal der Dresdener Frauenkirche. Umso mehr wünschen wir uns, dass auch die heutige Nikolairuine erfolgreich wiederaufgebaut wird", sagte der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf. Nach Ansicht des Politikers würde ein Wiederaufbau der heute als Mahnmal dienenden Ruine zur Belebung der Hamburger Innenstadt beitragen. "Nicht nur im Sinne eines touristischen Anziehungspunktes und Wahrzeichens - sondern auch als weiteres, hoffnungsvolles Symbol der Versöhnung", so Wolf.

Mitmachen und gewinnen - Das Hamburg-Quiz

Bilderrätsel:

Was ist dieses historische Theatergebäude heute?

- Kulturzentrum: Elbphilharmonie
- Linksextremistenzentrum: Rote Flora
- Demokratiezentrum: Hamburger Rathaus



Bildnachweis: Stirtung Historische Museen Hamburg

Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel! Zu gewinnen gibt es ein signiertes Buch des AfD-Ehrenvorsitzenden Dr. Alexander Gauland "Die Deutschen und ihre Geschichte".

Darin nimmt er uns mit auf eine Wanderung durch eintausend Jahre deutscher Geschichte. Aus den germanischen Wäldern des Tacitus führt er uns zu Karl dem Großen, zu Luther, den Kaisern des Mittelalters, von Friedrich II. zu Bismarck, zu Hitler, zum Mauerfall. An jeder Weggabelung erkennen wir, wie sehr wir Anteil haben an dieser Geschichte. Und dass diese uns erst zu denen macht, die wir sind.

Richtige Lösung eingeben unter:

- https://uns-hamburg.de/quiz oder per Mail schicken an:
- presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz oder per Post an: AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz Schmiedestraße 2 20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2022.

Unter den richtigen Einsendern entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

Redaktionsschluss: 12. September 2022

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur: Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

Newsletter:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden. Informationen über die Arbeit der

AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren

afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg 040 42831 - 2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

- info@afd-fraktion.hamburg.de
- @ afd-fraktion-hamburg.de
- facebook.com/afd.fraktion.hamburg
- twitter.com/AfD_Fraktion_HH
- youtube.com/c/AfDFraktionHamburg
- instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

